Marine Le Pen knickte bei TV-Debatte erstmals ein

Ein radikaler Linkskandidat trieb die Nationalistin in die Enge / Die Globalisierungs- und EU-feindlichen Haltung einer Mehrzahl der teilnehmenden Kandidaten dürfte Marine Le Pen aber wiederum Auftrieb verschaffen haben.

AUS PARIS **DANNY LEDER**

Zwei schlechte Tage für Marine Le Pen: Das von der gesamten Pariser Politszene gefürchtete wöchentliche Enthüller-Magazin *š Canard enchainéõ*, das bereits die Affären um den konservativen Kandidaten Francois Fillon aufgeblättert hatte, erschien Mittwoch mit peinlichen Infos über Le Pen: demnach läuft eine Erhebung der Staatsanwalt gegen ihren Wahlkampf-Chef, David Rachline, wegen seiner vermutlichen Scheinbeschäftigung in einer Regionalverwaltung. Am Dienstag war die Nationalistin bei der einzigen TV-Debatte aller Präsidentschaftskandidaten unter den treffsicheren Verbalattacken eines Linksaußen-Bewerbers eingeknickt, und das Studio-Publikum hatte dazu noch spontan geklatscht.

Das darf nicht zur Annahme verleiten, Le Pen müsse nun ernstlich um ihre beträchtliche Gefolgschaft bangen. Bei der Kampagne von Donald Trump hatte es ja auch derartige Durchhänger bei TV-Debatten gegeben, die voreilig von seinen Gegnern als definitive Niederlagen interpretiert wurden.

Aber immerhin ist Le Pen jetzt in den Affären, die auch sie belasten, um eine Spur deutlicher in die Defensive geraten. Bisher hatte sie nämlich die Vorwürfe des EU-Amts für Betrugsbekämpfung mit Verachtung vom Tisch gefegt und war damit auch bei vielen Franzosen auf eine gewisse Toleranz gestoßen. Angelastet wurden ihr, dass sie und alle ihre Fraktionskollegen im EU-Parlament jeweils Personen als šparlamentarische Assistentenő von der EU entlohnen ließen, obwohl sie in Wirklichkeit anderwärts für ihre Partei tätig waren oder gar als Privat-Chauffeur (für sie) oder Buttler (für ihren Vater Jean-Marie Le Pen) dienten. Auch bei französischen Wahlkämpfen hatte sich ihr Team eines ausgeklügelten Betrugssystems bedient, um sich höhere öffentliche Vergütungen zu erschleichen.

In der Kasse gefladert

Zu den Vorwürfen der EU erklärte Le Pen, andere Fraktionen würden ähnlich agieren, es lege in ihrem Fall šnicht einmal der Schatten einer persönliche Bereicherungő vor. Dazu stieß sie Drohungen gegen die erhebenden französischen Beamten aus (Im Falle ihres Machtantritts würden diese Beamten šzur Rechenschaftő gezogen werden). Vor allem aber weigerte sie sich, einer Vorladung zu einer polizeilichen Einvernahme nachzukommen ó unter Berufung auf ihre parlamentarische Immunität.

Bei der TV-Debatte musste sie sich nun vom Kandidaten der kleinen šAntikapitalistischen Parteiõ, Philippe Poutou, vorwerfen lassen, šsie habe in der Kasse gefladertõ. Poutou, ein Fabrikarbeiter, der als einziger im T-Shirt zur Diskussion angetreten war, höhnte: šSiehe an, die System-Gegnerin beruft sich auf das System-Privileg der Abgeordneten-Immunität. Wenn normale Menschen, meine Kollegen etwa, vorgeladen werden, können wir uns auf keine Arbeiter-Immunität ausreden.õ In dem darauf einsetzenden Wortgefecht mit Poutou verhedderte sich Le Pen in falsche Behauptungen über eine angebliche Immunität für Betriebsräte und wurde abermals von ihrem linken Kontrahenten vorgeführt.

Globalisierungsfeindliche Kandidaten in der Mehrzahl

Indirekt könnte diese extrem lange (vier Stunden!) TV-Debatte mit allen elf Kandidaten der Präsidentenwahlen aber wiederum Le Pen genützt haben. Die meisten Kandidaten sind zwar in der Wahl chancenlos, aber in der Diskussion bildeten sich eine globalisierungsfeindliche Mehrheit aus linken Fundamentalisten und/oder EU-Gegnern.

Der Umfrage-Favorit Emmanuel Macron, der konservative Francois Fillon und der Linkssozialist Benoit Hamon hielten zwar wacker dagegen. Marine Le Pen konnte aber die Brandreden der Globalisierungs-Gegner als Schützenhilfe für ihren wirtschaftsprotektionistischen Abschottungs-Kurs quittieren und ihnen gegenüber sogar in eine mäßigende Rolle schlüpfen: betonte sie doch gegenüber einem radikalen EU-Feind, ein Austritt aus der EU (šFrexitõ) käme für sie nur nach einer Volksabstimmung in Frage.